Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 9 (1987)
Heft: 32

Artikel: Einsichten : zwei Jahre als Vorsitzender
Autor: Schierholz, Henning
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652753

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein-sichten

Zwei Jahre als Vorsitzender

Im Frühjahr 1983 hatten die GRÜNEN ohne längere Diskussion beschlossen, den Vorsitz des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie in Anspruch zu nehmen. Sie verbanden damit die Erwartung, in einem ihrer Kernbereiche, nämlich der Umweltpolitik, entscheidenden Einfluß zu nehmen. Nach zweijähriger Tätigkeit als Ausschußvorsitzender zieht Henning Schierholz ein kritisches Resumée dieser Arbeit und bilanziert Erwartungen, Hoffnungen und Möglichkeiten, auf die Forschungs- und Technologiepolitik Einfluß zu nehmen.

von Henning Schierholz

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben sich die GRÜNEN dafür verwandt, ein starkes Umweltministerium und entsprechend einen Ausschuß des Deutschen Bundestages einzurichten. Ihre Forderungen wurden im Juni 1986 erfüllt bzw. geradezu karikiert, weil sich der Einfall des Bundeskanzlers unter dem Eindruck von Tschernobyl als reine PR-Maßnahme und Beruhigungspille, zudem noch mit dem umweltpolitischen Geistheiler Walter Wallmann an der Spitze erwies.

Immerhin ging damit auch ein langgehegter Wunsch des gegenwärtigen Bundesministers für Forschung und Technologie und der ihm zuarbeitenden Parlamentariergruppe der CDU/CSU in Erfüllung, keineswegs aber ihre Personalvorstellungen. Vielmehr bedeutet die Nicht-Berufung von Heinz Riesenhuber in sein Traum-Ministerium und stattdessen die Bevorzugung des umweltpolitischen Laien Walter Wallmann (und dies auch noch aus demselben hessischen Landesverband!) eine klare protokollarische Degradierung für Riesenhuber.

Strukturell bedeutet die Einrichtung des »Umweltministeriums« darüberhinaus über kurz oder lang das Aus für das BMFT in seiner jetzigen Form. Der Arbeitsbereich »Energie-Biologie-Ökologie«, also die gesamte Umweltforschung, gehört zweifellos in ein Umweltministerium, das so ca. 2 Mrd DM Haushaltsvolumen und entsprechende politische Bedeutung hinzugewinnt. Die gegenwärtige Lösung eines »Splitterministeriums« macht Forschungspolitik nicht nur unübersichtlich und unattraktiv, sie wird damit parlamentarisch auch zur Restpolitik – sowohl in den Fraktionen wie im Parlament insgesamt. Am meisten nützt sie noch dem Regierungsapparat, der am ehesten die personellen und strukturellen Voraussetzungen aufweist, um die ganz unterschiedlichen Themenbereiche und Interessen der gegenwärtigen F.u.T-Politik in der Öffentlichkeit thematisieren zu können. (Über den Umgang der Regierung mit dem Ausschuß vgl. meinen Brief an den Bundestagspräsidenten vom 5.12.1986.)

Zur F.u.T.-Politik gehören gegenwärtig: Grundsatzfragen der Forschungspolitik innerhalb des Konzertes Bund-Länder-Wirtschaft, Technologieförderung in Abgrenzung von der Wirtschaft, Großforschungseinrichtungen, internationale Forschungskooperation (bis hin zu EUREKA, SDI), deutsche historische Institute. Folgende thematische Bereiche liegen schwerpunktmäßig in der Kompetenz des BMFT: Energie- und Umweltforschung, sonstige ökologische Forschung, Weltraumforschung und -politik, Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie, das gesamte Spektrum von naturwissenschaftlicher und sonstiger Grundlagenforschung, Humanisierung der Arbeit.

Es ist keiner Fraktion im Ausschuß gelungen, in der Arbeit des Ausschusses »F.u.T.-Politik« überzeugend als Umweltpolitik darzustellen. Auch die entsprechenden Versuche des BMFT sind überwiegend Kosmetik: Die größten Steigerungsraten im Bereich

der F.u.T.-Politik liegen in den nächsten Jahren im Bereich Weltraumforschung; hingegen sinkt der Anteil im Bereich Energieforschung durch die geringer werdenden Aufwendungen für THTR und Schnellen Brüter. Hinzuweisen ist auch darauf, daß das gegenwärtige BMFT infolge der ideologischen Konzeption der amtierenden Bundesregierung Forschungs- und Technologiepolitik in erster Linie als flankierende Maßnahme zur Wirtschaftspolitik begreift – und das übrigens trotz massiver gegenteiliger Beteuerung.

Erschwerend hinzu kommt für ein »Forschungsministerium«, daß nahezu alle anderen Bundesressorts ihre eigene »Ressort«-Forschung betreiben: mit den größten Steigerungsraten in den letzten Jahren und einem Volumen von insgesamt mehr als 3 Mrd DM das »Verteidigungs«-Ministerium, das Wirtschaftsministerium und andere. So liegen zwei Strukturreform-Lösungen nahe, die ab 1987 das BMFT in seiner jetzigen Verfassung auflösen, zumindest aber stark verändern würden: Nach dem Übergang der »Umweltforschung« in das BMU entweder die Zusammenlegung des Rest-BMFT mit dem jetzigen Ministerium für Bildung und Wissenschaft (das sitzt schon im selben Haus), oder die Schaffung eines Industrie- und Europa-Ministeriums bei gleichzeitiger Umstrukturierung des Wirtschaftsressorts. Letztlich hängt alles natürlich von personellen Konstellationen ab (mein Tip, am 12.1.87 fixiert: Bei Bestätigung der gegenwärtigen Koalition wird Frau Wilms Ministerin für Bildung und Forschung, Riesenhuber Superminister für Industrie, Technologie, Wirtschaft und Europa, Bangemann Ernährungsminister und Lambsdorff Justizminister).

Impulse der GRÜNEN und die Reaktion der anderen

Das eine ordentliche Ausschußmitglied der GRÜNEN (und die/der in der Regel präsente Vertreter/in) hatten bei Vertretung ihrer inhaltlichen Positionen in den abgelaufenen vier Jahren meistens alle anderen 24 Ausschußmitglieder gegen sich. In keinem einzigen Fall stimmten die Koalitionsparteien GRÜNEN-Anliegen zu, nur in Einzelfällen die SPD. In keinem einzigen Fall erlitten CDU/FDP im Ausschuß eine Niederlage. Infolge hoher Präsenz und guter Vorbereitung hatte sie die Ausschußarbeit im Griff. Nahezu mühelos setzte sie ihre Anträge im Ausschuß durch und schirmte »ihren« Minister ab. Innerhalb der CDU/CSU bestimmten ein agiler und politisch erfahrener Obmann (Ex-Oberstudienrat) sowie mehrere Industrielobbyisten (BBC, AEG, Siemens/Nukem-Alkem sowie »Kohle und Kernenergie«) vornehmlich das Feld, wohingegen der »Arbeitnehmerflügel« zwar zwei Repräsentanten in den Ausschuß entsandte, die dort aber praktisch ausfielen. Die FDP stimmte nahezu immer mit der CDU/CSU, überwiegend aus inhaltlicher Übereinstimmung, bisweilen auch aus Koalitionsräson.

Eigentliches Problem der Ausschußarbeit war der völlige Ausfall der SPD als forschungspolitische Alternative und Opposition. Dies liegt an drei Faktoren, nämlich erstens dem bewußten Rückgriff von Minister Riesenhuber auf zahlreiche Elemente der SPD-Politik bis 1982. Ein Gutteil der SPD-Forschungspolitik wurde von ihm nach Amtsantritt weitergeführt, wenig Personal ausgewechselt und sogar die Atomenergie-Subventionen drastisch herabgesenkt. Zweitens stand sich die SPD selbst im Wege, weil sie in der Forschungs-AG von Vertretern des linken bis hin zum äußersten rechten Flügel (d.h. von Anhängern von Schnellem Brüter, Atomkraft und Atomraketen) repräsentiert wurde, die sich gegenseitig blockierten und die ein ab 1984 amtierender, glücklos operierender Obmann in keiner Phase zu integrieren verstand. Und drittens kam auf diese Weise häufig eine Übereinstimmung von CDU/CSU/FDP und SPD zustande, bisweilen auch der GRÜNEN mit den Koalitionsparteien (etwa in der Frage des Baus der Jülicher Spallationsneutronenquelle) und selten von SPD und GRÜNEN, um der Regierung wirksam etwas entgegenzusetzen. – Die nachfolgenden Beispiele über wichtige Initiativen der GRÜNEN und die Ergebnisse sprechen für sich.

▶ Alternativenergie und Umweltforschung

In beiden Forschungsfeldern fordern die GRÜNEN eine Ausweitung der Forschung, die sich weniger auf Grundlagenforschung beziehen, sondern die vielfältige Demonstration von Prototypen umfassen muß. Damit soll für Alternativenergie und umweltschonende Verfahren geworben werden. Gleichzeitig ist dies ein wichtiger Beitrag zur differenzierten Weiterentwicklung dieser Technologien. Hauptmangel (nicht nur auf diesen Feldern der Forschungspolitik) ist die fehlende Einbettung der Forschungsförderung in ein Handlungs- und Umsetzungskonzept, so daß lediglich »folgenloses Wissen« durch die Forschung angehäuft wird.

Weder CDU/CSU noch SPD verfügen über Vorschläge zur Einbindung der Forschung in eine Anwendung der Energiespartechnik und der Alternativenergie sowie in eine Verbesserung der Umweltbedingungen.

▶ EUREKA

Die GRÜNEN betrachten die EUREKA-Initiative als neue Hochtechnologiekampagne im Rahmen der Europäischen Unternehmergemeinschaft. Technologiewettlauf um die Vorherrschaft auf den Weltmärkten ist das zivile Ziel, gleichzeitig sind militärische Nutzungen mit angelegt. Dabei wird sich eine Europäische Verteidigungsinitiative als militärisches Surrogat von SDI und EUREKA erweisen.

CDU/CSU, FDP und SPD haben EUREKA begrüßt. Die Altparteien dokumentieren damit, daß sie »technischen Fortschritt« und »Hochtechnologie« schon an sich als Mittel zur Problembewältigung ansehen und aus gegenteiligen Erfahrungen (Reaktorkatastrophen, Chemieunfälle) keine Rückschlüsse ziehen.

▶ Großforschungseinrichtungen

Die Bundesregierung betreibt eine Umorientierung der Großforschungseinrichtungen auf die Interessen von Industrie und Wirtschaft hin. Forschungsziele werden dabei auf dem Rücken des Stammpersonals »flexibilisiert«. Die GRÜNEN fordern dagegen eine Indienststellung der Großforschungseinrichtungen für öffentliche und gesellschaftliche Interessen (Beteiligung von Gewerkschaften, Betriebsgruppen, Naturschutz-, Umweltschutz- und Verbraucherinitiativen neben Wirtschaft und Wissenschaft an der Forschungsplanung) sowie eine Entflechtung der Großforschungseinrichtungen in kleine kooperierende Institute.

Die SPD trägt die Neuorientierung der Großforschungseinrichtungen, so wie sie von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen betrieben wird, vorbehaltlos mit.

▶ Informationstechnologien

Die GRÜNEN wenden sich gegen den staatlich propagierten und subventionierten Ausbau der Informations- und Kommunikationstechniken (I+K). Die hauptsächliche Dimension dieser tech-

Der Autor (am Transparent links) im außerparlamentarischen Kampf

nologie liegt in einer Stärkung von Industrie und Wirtschaft durch subventionierte Bereitstellung der Infrastruktur (Btx, ISDN-Verkabelung) und in der Ausschöpfung der Rationalisierungs- und Überwachungspotentiale. Die Verheißung von Arbeitserleichterungen oder Energieeinsparungen, die unter anderen industriepolitischen Rahmenbedingungen ebenfalls möglich sind, dient als Köder zur Vergrößerung der häufig kleinen Akzeptanz der Informationstechnologie. Psychosoziale und gesellschaftliche Folgen der I+K-Technologien sind noch völlig unerforscht, dennoch werden Neue Medien in alle gesellschaftlichen Bereiche gedrängt.

Die SPD hat zu Beginn der 10. Legislaturperiode einen Antrag »Mikroelektronik« eingebracht, den sie erst im Herbst 1986 im Forschungsausschuß auf die Tagesordnung setzte und während der Sitzung wegen »teilweiser Erledigung« fallen ließ. Auf eine Diskussion und die Erstellung eines Berichts zur Gegenüberstellung der Positionen verzichtete sie, sehr zur Freude der Koalitionsfraktionen.

▶ Schneller Brüter sowie Wiederaufarbeitung und Endlagerung von Atommüll

Die GRÜNEN lehnen Bau und Betrieb und konsequenterweise auch jegliche Forschung für den Schnellen Brüter und die Wiederaufarbeitungsanlage ab. Mit beidem wird die Option auf die Atombombe offengehalten, und die ohnehin schon großen Risikopotentiale der »konventionellen« Atomtechnik werden mit diesen Typen noch potenziert. Sobald jedoch die Abschaltung aller Atomkraftwerke umgesetzt wird, muß nach Ansicht der GRÜNEN ein neues Grundlagenforschungsprogramm zur direkten Endlagerung durchgeführt werden, das alle Speichermedien umfaßt.

Zwar lehnt die SPD die Großprojekte in Kalkar und Wackersdorf ab, aber sie befürwortet nach wie vor die Forschung zur Wiederaufarbeitungsanlage. Sie hat sich auch gegen eine Stornierung der Wiederaufarbeitungsverträge mit Sellafield und La Hague ausgesprochen. Ebenso befürwortet sie die Zusammenarbeit mit Frankreich auf dem Gebiet des »Schnellen Brüters«.

▶ Weltraumforschung

Die Weltraumpolitik der Bundesregierung ist ohne erkennbare Konzeption über Ziele und einzusetzende Geldmittel. Die GRÜNEN lehnen das bundesdeutsche Engagement bei COLUMBUS, ARIANE V und HERMES (oder jede andere Variante von Raumfähren und Raumstationen) kategorisch ab. Weltraumforschung ist zumeist Prestigeforschung und symbolische Politik. Weiterhin hat sie klar erkennbare militärische Züge. Grundlagenforschung und zivile Satellitentechnik sollen nach Ansicht der GRÜNEN allenfalls unter blockübergreifender internationaler Kooperation erfolgen.

Hingegen: Die Hardliner in der CDU/CSU streiten für HERMES und eine große bundesdeutsche Weltraumzukunft, die SPD schweigt dazu seit neuestem. Früher hat sie HERMES ebenfalls glühend befürwortet, mag dies aber im Wahlkampf nicht allzu deutlich sagen.

Strukturfragen der Arbeit des Ausschußvorsitzenden

Ein/e Ausschußvorsitzende/r muß vier Jahre kontinuierlich und möglichst ohne Personalwechsel amtieren. Drei Ausschußvorsitzende während einer Legislaturperiode entwerten das Vorsitzendenamt vollständig, insbesondere für den Dritten in der Reihe. Entsprechend ist das politische Gewicht. Gerade ein Ausschußvorsitzender, der einer der Oppositionsfraktionen angehört, kann politische Wirkung erst dann entfalten, wenn er alle Ausschußmitglieder einigermaßen, die Stärken und Schwachstellen im Ausschußgeschäft und die Arbeit des Ministeriums genau kennt. Ein Ausschußvorsitzender kann erst mit der Autorität seines Amtes »wuchern«, wenn ein funktionierender Kontakt zu den Fachjournalisten für Forschung und Technologie, zumindest einige heimliche Drähte ins Ministerium und eine funktionierende Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen im Lande vorhanden sind. Hinsichtlich aller drei Punkte, insbesondere hinsichtlich der ersten beiden, habe ich beim Amtsantritt so gut wie nichts vorgefunden. Erst wenn alle drei Voraussetzungen gegeben sind, kann der Ausschußvorsitzende mit seinen Mitarbeitern der Politik des Ministeriums wirksam etwas entgegensetzen.

Er kann zudem im Ausschuß nur dann politische Wirksamkeit entfalten, wenn das Ausschußsekretariat mit Mitarbeitern seines persönlichen und politischen Vertrauens besetzt ist. Solange das Ausschußsekretariat eng mit der politischen Mehrheit im Ausschuß zusammenarbeitet, bleibt der Vorsitzende bestenfalls »Präsident«, schlechtestenfalls »Wortverteiler«. Einfluß nehmen kann der Vorsitzende nur über das Arrangement von Obleutebesprechungen, Tagesordnungen für den Ausschuß, Erstellung von Protokollen, Außenkontakten. Schließlich hängt die politische Kraft eines Ausschußvorsitzenden natürlich auch von der Strukturierung der Arbeit der Fraktion ab, der er angehört.

Die GRÜNEN werden aus dieser Erfahrung in der 11. Legislaturperiode des Bundestages Konsequenzen ziehen müssen (vierjährige Amtszeit, Übernahme eines anderen Ausschusses, Personal- und Raumfragen). Deren wichtigste scheint mir zu sein, ob Vertreter der Opposition, und speziell der kleinsten Oppositionsfraktion, überhaupt ihre Arbeitskraft in eine Tätigkeit investieren sollten, die politisch keine Vorteile bringt, sondern weitgehend repräsentativen Charakter hat. Ich habe aus den Erfahrungen die Konsequenz gezogen, nicht nur das strukturelle Übergewicht der Exekutive und die Ohnmacht des Parlaments zu kritisieren, sondern auch dem Parlamentspräsidenten vorgeschlagen, doch auch im Deutschen Bundestag das amerikanische Modell einzuführen, wonach die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse auch immer von der jeweiligen politischen (Koalitions-) Mehrheit gestellt werden. Auf die Antwort bin ich gespannt. ♦